Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/18/2006

über die öffentliche Sitzung am 15.11.2006,
Reithalle des Marstalls

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 22:21 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Herr Rolf Griesenberg

Herr Dieter Heidenreich

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

Frau Susanne Philipp-Richter

i.V.f. StV Wriggers

Herr Wolfgang Sinning

Herr Gerald Wittkamp

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hauke Feldvoss

Herr Karl-Heinz Harder

Herr Dirk Langbehn

bis 21:15 Uhr; TOP 4

Sonstige, Gäste

Frau Berg

Landschaftsplanung Bielfeldt +
Berg; bis TOP 4/21:15 Uhr

Herr Dr. Hüttmann

Masuch + Olbrisch; bis TOP
4/21:15 Uhr

Frau Eichholz

Masuch + Olbrisch; bis TOP
4/21:15 Uhr

Frau Gerversmann

Landschaftsplanung Bielfeldt +
Berg; bis TOP 4/21:15 Uhr

Herr Landwehr

TRAPEZ- Architekt bis 21:15 Uhr

Herr Stachon

Büro WTM; bis TOP 4/21:15 Uhr

Herr Sträter

Conplan-Architekt bis 21:15 Uhr

Verwaltung

Herr Heinz Baade

bis 21:15 Uhr; TOP 4

Frau Andrea Becker

Herr Waldemar Biernacki

Herr Thorsten Jahncke	
Frau Ursula Pepper	bis 21:15 Uhr; TOP 4
Herr Stephan Schott	
Herr Wilhelm Thiele	
Herr Dirk Thiessen	bis 21:15 Uhr; TOP 4
Herr Sven Wilke	
Herr Ulrich Kewersun	- Protokollführer -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Jens Uwe Ehrlich
Herr Heino Wriggers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 17/2006 vom 01.11.2006
4. Entlastungsstraße Nord-Ost (Neuer Postweg)
 1. Vorstellung und Bewertung der Auswahlvarianten
 2. Empfehlung einer Vorzugsvariante aus planerischer Sicht
5. Städtebauliche Entwicklung Rathausplatz
- Vorstellung durch das Büro Landwehr -
6. Gelände der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen im Ortsteil Wulfsdorf
- Konzeptabstimmung - **2006/113.1**
7. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2006 - 2010 **2006/124**
8. Erlass der Haushaltssatzung 2007
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts **2006/125**
9. Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch
10. Kostenrechnende Einrichtung
- Straßenreinigung - **2006/139**
11. Reinigung der Straßeneinläufe **2006/132**
12. Kenntnisnahmen

13. Verschiedenes

1 Festsetzung der Tagesordnung

Wie der Vorsitzende berichtet, soll auf Wunsch der Verwaltung zum einen der Tagesordnungspunkt 10 „Kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung“ von der Tagesordnung abgesetzt werden, da, anders als angekündigt, die Vorlagen-Nr. 2006/139 noch nicht in der 45. Kalenderwoche fertig gestellt und nachgereicht werden konnte. Eine Behandlung ist nunmehr am 6. Dezember 2006 vorgesehen. Zum anderen wird vorgeschlagen, den nicht öffentlichen Teil um den neuen TOP 16 zu ergänzen. Es handelt sich um eine sensibel zu behandelnde Bauvoranfrage in der Adolfstraße, bei der die künftigen Nutzer auf eine Entscheidung drängen.

In Bezug auf TOP 4 „Entlastungsstraße Nord-Ost (Neuer Postweg)“ wird verwiesen auf den Beschluss der Einwohnerversammlung vom 13. November 2006, der diesem Protokoll als Anlage 1 zu TOP 4 beigelegt ist. Wie der Vorsitzende hierzu feststellt, ist die Behandlung des TOP 4 nur insoweit betroffen, als keine Entscheidung über den Trassenverlauf herbeigeführt werden kann, was man ohnehin nicht in der heutigen Sitzung angestrebt habe. Wie der Bürgervorsteher ergänzt, ist dieser Beschluss der Einwohnerversammlung von ihm auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 27. November 2006 gesetzt worden.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Ergänzung des Tagesordnungspunktes 16 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Da es ansonsten keinen Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 2. November 2006 vorgeschlagenen Tagesordnung gibt, lässt er über die entsprechend aktualisierte Tagesordnung abstimmen. Die Abstimmung erfasst auch den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Tagesordnungspunkten 14 bis 16. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

2 Einwohnerfragestunde

Sämtliche Fragen und Anmerkungen beziehen sich auf den TOP 4 und die am 1. November 2006 vorgenommene Grobauswahl der Trassen für die Entlastungsstraße Nord-Ost (Neuer Postweg):

Herr **Kausch** erkundigt sich im Hinblick auf den Aufwand einer Troglösung nach den Bodenverhältnissen im Querungsbereich der Bahnstrecke.

Herr **Kupffer** bittet, die vorgenommene Grobauswahl zu überdenken und regt eine zusätzliche Untersuchung folgender Varianten an:

- a. Wie viel Kfz-Verkehr würde bei einer Anbindung der Entlastungsstraße Nord-Ost an die Kurt-Fischer-Straße über diese Trasse führen, wenn diese Straße über den Beimoorweg hinaus gen Süden bis zum Ostring verlängert würde? (Zusatzfrage zur Verkehrsprognose: Könnte der Kornkamp den prognostizierten zusätzlichen Verkehr überhaupt aufnehmen?)
- b. Untersuchung einer Variante bestehend aus einer Kombination der Trassenvarianten 3 und 4, wobei im östlichen Abschnitt die Variante 4 und westlich der Bahnstrecke die Variante 3 als Basis herangezogen werden sollte.
- c. So genannte „Null“-Variante mit dem Ziel darzustellen, was passieren würde ohne den Bau einer Verbindung von der Lübecker Straße zum Gewerbegebiet Nord.

Herr **Dr. Fischer** als Anlieger des Reeshoop verweist auf ein Schriftstück mit Anmerkungen der Anliegergemeinschaft Reeshoop/Bünningstedter Straße zur angedachten Entlastungsstraße Nord-Ost. Das Schriftstück ist dem Protokoll als Anlage zu TOP 2 beigelegt.

Herr **Rotenberg** erkundigt sich nach dem ökologischen bzw. ökonomischen Nutzen der Straßenverbindung.

Herr **Kloevekorn** bezweifelt die Ergebnisse der am 1. November 2006 vorgelegten Verkehrsprognose und bittet mitzuteilen, wie die Ergebnisse ermittelt worden sind.

Darüber hinaus erbitten anwesende Einwohner die Veröffentlichung exakter Pläne und nach dem Fachvortrag des Tagesordnungspunkte 4 Verständnisfragen stellen zu dürfen.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 17/2006 vom 01.11.2006

Der Vorsitzende dankt der Verwaltung für die Schnelligkeit, mit der das Protokoll gefertigt und verteilt worden ist.

Auf Vorschlag eines Ausschussmitgliedes wird das Protokoll zu TOP 5 in 2 Punkten angepasst; beide Änderungen betreffen die handschriftliche Seite 7 des Protokolls:

Der Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Der Bürgermeister der Gemeinde Delingsdorf erläutert noch einmal eindringlich, dass die Gemeinde Delingsdorf nur der südlichen Variante zustimmt und bezüglich der Gesamterschließung des nördlichen Raumes zwischen Ahrensburg und Delingsdorf einer Fortsetzung nach Westen zur Bünningstedter Straße verlangt, wobei die Gemeinde Delingsdorf einer siedlungsintegrierten Lösung zustimmen würde.

Der letzte Satz des 6. Absatzes erhält folgende neue Fassung:

Ausschussmitglied Löwer bittet die Verwaltung darzulegen, wie sie den Standpunkt der Gemeinde Delingsdorf einschätzt und ob/welche entsprechende Reaktion zu erwarten ist.

Keine weiteren Einwendungen. Das Protokoll gilt damit unter Berücksichtigung der beiden Anpassungen als genehmigt.

Zur zweit genannten Änderung betont die Verwaltung, dass der Bürgermeister der Nachbargemeinde selbstverständlich seine Auffassung über die das Delingsdorfer Gemeindegebiet betreffende Straßentrasse öffentlich vertreten könne. Die Ahrensburger Stadtverwaltung beabsichtige, hierauf nicht zu reagieren, sondern die Trassenuntersuchung allein aus fachlicher Sicht fortzuführen, um zu einem späteren Zeitpunkt Einvernehmen erzielen und die notwendige öffentlich-rechtliche Vereinbarung abschließen zu können. Ein konspiratives Verfahren werde nicht geführt, einen so genannten Plan B gebe es nicht.

4 Entlastungsstraße Nord-Ost (Neuer Postweg)

1. Vorstellung und Bewertung der Auswahlvarianten

2. Empfehlung einer Vorzugsvariante aus planerischer Sicht

Der Vorsitzende schlägt vor, im Anschluss an den Sachvortrag der Fachplaner auch sachliche Anmerkungen und Fragen durch die anwesende Öffentlichkeit zuzulassen. Gegen diesen Vorschlag erheben die Mitglieder des Bau- und Planungsausschuss keinen Einspruch.

Auf den Beschluss der Einwohnerversammlung vom 13. November 2006 wird nochmals hingewiesen (vgl. Anlage 1).

Anschließend erinnert Herr Dr. Hüttmann an das Beratungsergebnis vom 1. November 2006 und stellt hieran anknüpfend

1. die Gliederung des heutigen Vortrages (vgl. Anlage 2),
2. die Baukosten für die Varianten 3, 5 und 7 (vgl. Anlage 3),
3. die Verkehrsprognose der Varianten 3, 5 und 7 (vgl. Anlage 4) und
4. die Pläne mit den näher untersuchten Trassen (vgl. Anlagen 7 bis 13)

vor. Zur Verkehrsprognose wird erläutert, dass Grundlage für diese sowohl die Erhebungen des derzeitigen Zustandes durch die Stadt Ahrensburg sind

als auch eine Wege-Zeit-Berechnung eingeflossen ist und eine Konfliktanalyse vorgenommen wurde. Auch wenn die Kurt-Fischer-Straße südlich des Beimoorweges theoretisch auf direktem Wege in Richtung Ostring verlängert (vgl. Anlage 5) und bei der Entlastungsstraße Nord-Ost auf eine Verschwenkung Richtung Delingsdorf verzichtet werden würde, wäre die Fahrzeit für Kraftfahrzeuge bei einer Anbindung an die Kurt-Fischer-Straße um rd. 1,6 Minuten länger als bei einer Führung über den Kornkamp. Bei der Bewertung des Verkehrsflusses wurde berücksichtigt, dass die Kurt-Fischer-Straße über 74, der Kornkamp hingegen nur über 22 Zufahrten verfügt, wobei zudem zu beachten ist, dass im Kornkamp die Zufahrten zu den nördlichen Einzelhandelsgeschäften künftig nicht direkt in die Entlastungsstraße münden würden. Auch bei einer optimalen Anbindung an den Ostring würden maximal rd. 4.400 Kfz täglich über die an die Kurt-Fischer-Straße angebundene Entlastungsstraße Nord-Ost fahren, also nur gut 1.000 Kfz pro Tag hinzugewonnen werden. Daher sei aus fachlicher und verkehrstechnischer Sicht eine Führung über die Kurt-Fischer-Straße nicht zu begründen.

Im Anschluss stellen Frau Berg und Frau Gerversmann die Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit vor. Im Gegensatz zur 1., am 1. November 2006 vorgestellten Abwägungsstufe, in der man lediglich auf Konfliktsituationen abgestellt hatte, wurden die 7 verbliebenen Varianten in ihrer Gesamtheit betrachtet und bewertet. Zum Bewertungsverfahren wird betont, dass nicht nur die objektiven nachvollziehbaren Daten herangezogen wurden, sondern man darüber hinaus versucht hat, über Zerschneidungseffekte und ähnliches die Beeinträchtigungen qualitativ zu bewerten. Letztlich sei man zu einer zusammenfassenden Bewertung gelangt (vgl. Anlage 6, vorletzte Folie) und habe dieses Ergebnis dahingehend betrachtet, ob und inwieweit bei den einzelnen Varianten Möglichkeiten bestehen, den aufgezeigten Eingriff in die Umwelt zu minimieren.

Nach alledem wird – ohne eine aktive Schallschutzeroermittlung durchzuführen – mit der Troglösung der Variante 9 eine umweltfachliche Vorzugsvariante aufgezeigt, die auch zu der Trassenschar mit dem höchsten Verkehrswert zählt.

Der Antragsteller für das Planfeststellungsverfahren sollte sich jedoch nicht von vornherein auf diese spezielle Variante festlegen, um zu einem späteren Zeitpunkt auch andere relevante Kriterien, wie z. B.

- das Tätigen des Grunderwerbes,
- Varianten bei der baulichen Ausführung,
- die Baukosten unter Beachtung der Förderbedingungen und
- Verbesserungen beim entwurfstechnischen Optimierungsprozess

berücksichtigen zu können. Im Ergebnis gelte es, sich auf eine Trassenempfehlung zu einigen, die höchstwahrscheinlich im Bereich der in Anlage 14 schraffiert dargestellten Fläche verlaufen dürfte.

Im Rahmen der Beratung werden von den Fachplanern insbesondere folgende Antworten und Stellungnahmen abgegeben:

1. Der Bemessungswasserstand im Kreuzungsbereich der Bahnstrecke

ist noch nicht im Detail untersucht worden; angesichts der Erfahrungen, dass er sich im Bereich der heutigen Fußgängerbrücke bereits 2 m unter der Erdoberfläche befindet, sei aber von der Notwendigkeit auszugehen, bei einer Troglösung aufwendige Spundwände bauen zu müssen.

2. Der ökonomische/ökologische Nutzen einer derartigen Entlastungsstraße Nord-Ost bestehe darin, dass sich einerseits die Fahrstrecken für Kraftfahrzeug verringern und andererseits die Lübecker Straße auf Höhe des Stadtteils Gartenholz um bis zu rd. 7.000 Kfz am Tag entlastet wird. Ohne nähere Untersuchungen durchführen zu müssen, dürfte sich hier die Wohnumfeld-Situation verbessern, was eine Lärmkartierung bestätigen würde.
3. Das prognostizierte Verkehrsaufkommen dürfte realistisch ermittelt worden sein. Die Autofahrer würden in aller Regel nur dann die längere Strecke wählen, wenn man die Entfernung trotzdem schneller überwinden könne (Beispiel Sieker Landstraße/Ostring). In der Verkehrsprognose sei auch die durch die neue Straße zu erwartende neue Verteilung des Kfz-Verkehrs berücksichtigt worden. Bei einer rechtwinklig verlaufenden neuen Straßenverbindung zwischen Kurt-Fischer-Straße und Ostring würde die aufgezeigte Verkehrsmenge von 4.400 Kfz/Tag wieder spürbar sinken. Für den von Einwohnern befürchteten Beginn einer Hamburger Nordumgehung (etwa Richtung Hoisbüttel, Bergstedt) gebe es keinen Bedarf. Wenn eine „Fortsetzung“ über das Erlenhof-Gelände erforderlich werden sollte, wäre diese als siedlungsintegrierte Lösung auszubilden. Von den dort prognostizierten Fahrten seien nur gut die Hälfte, d. h. rd. 1.600 Kfz pro Tag kein Ziel- und Querverkehr.
4. Der Wanderweg innerhalb des Stadtteils Gartenholz werde durch die Maßnahme nicht tangiert; auch bei der Kornkamp-Variante werde es vom Norderoogstieg aus zum Gewerbegebiet Nord eine fußläufige Verbindung geben.
5. Bei der Variante 3 sei nur die Brückenlösung untersucht worden, da der Bau eines teuren Troges abseits der Wohngebiete von vornherein für wenig sinnvoll angesehen wurde. Die Gemeinde Delingsdorf beteilige sich aus heutiger Sicht zwar nicht direkt an den Baukosten, die Hauptkosten trage jedoch über die GVFG-Förderung das Land Schleswig-Holstein bzw. im Endeffekt die Gesamtheit der Mineralölsteuerzahler.
6. Der Neubau „Neuer Postweg“ führe für das Wohngebiet Gartenholz nicht zu einer Überschreitung der Grenzwerte nach der 16. BImSchV. Ausführlich erläutert wird der Unterschied zwischen Emissions- und Immissionspegel, die Bedeutung einer Verlärmung mit 40 dB(A) – ungefähr Gesprächslautstärke – und bis zu welcher Entfernung ein derartiger Lärm im nördlichen Wohnquartier zu erwarten wäre.
7. Bestätigt wird auf Nachfrage, dass die landwirtschaftliche Fläche nördlich des Betriebsgrundstücks Clariant als Nasswiese mit einem hohen

ökologischen Wert eingestuft wurde.

In weiteren Statements analysieren Einwohner, dass die Belange gegeneinander abzuwägen seien: Der Landschaftsraum im Norden mit seiner Flora und Fauna gegen die Wohnbevölkerung im Norden des Gartenholzes genauso wie die Anlieger der Lübecker Straße und des südlichen Gartenholzes gegen das Wohnquartier des nördlichen Gartenholzes. Hier wird zu bedenken gegeben, dass man im Gegensatz zu den Wohngrundstücken an der B 75 hier nicht mit viel Verkehr und dem Bau einer Entlastungsstraße rechnen musste und vielfach gerade deshalb den Wohnstandort gewählt habe.

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass der Brückendamm auch dazu führen würde, das Wohnquartier Gartenholz besser vor dem von Norden stammenden Lärm des Bahnverkehrs zu schützen.

Zudem wird gebeten zu untersuchen, ob die für das Erlenhof-Gelände prognostizierten geringen Verkehre wirklich richtig angesetzt sind. Zu beachten sei auch der von Norden kommenden Kfz-Verkehr, der die Ziele in Ahrensburg weiträumig über Bünningstedt oder im späteren Verlauf über den Mühlenredder und die Straße Am Tiergarten anfährt. Von dem Ergebnis dieser näheren Untersuchung wird abhängig gemacht, eine Variante untersuchen zu lassen, bei der die Entlastungsstraße Nord-Ost entgegen der in Anlage 14 dargestellten Trassenempfehlung nördlich des Ziegelei-Grundstücks auf die Lübecker Straße trifft. Dieser Antrag wird insoweit zurückgestellt, wobei Herr Dr. Hüttmann in diesem Fall als Untersuchungsvorgabe auch den Verlauf im östlichen Abschnitt erhalten müsste.

Im Anschluss wird über folgende im Laufe der Beratung gestellten Anträge abgestimmt:

1. Es ist der Bedarf für den weiteren Verlauf der Entlastungsstraße Nord-Ost östlich der Lübecker Straße näher zu untersuchen.

**Abstimmungsergebnis: 8 dafür
1 Enthaltung**

2. Es ist ergänzend eine Trasse zu untersuchen, die vom Kornkamp aus betrachtet zunächst auf der Variante 7 verläuft, westlich der Bahnstrecke dann östlich zur Variante 5 bis zum südlichsten Punkt der Variante 3 führt und im westlichen Abschnitt aus der Variante 3 besteht.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

3. In die Verkehrsprognose sollte neben der Zahl der Zufahrten in den Kornkamp und die Kurt-Fischer-Straße auch deren Frequentierung berücksichtigt werden.

Hierüber besteht im BPA Einvernehmen.

4. Es ist ergänzend eine Trasse zu untersuchen, die von der Kurt-Fischer-Straße aus betrachtet zunächst die Variante 4 darstellt und

- des 1. Entwurfs „Finanz- und Investitionsplanung 2006 – 2010“ (FIP) mit Stand vom 13.10.2006,
- der Änderungsliste zu den vorstehenden Planungen, die voraussichtlich am 16.11.2006 verteilt wird und im Budget des Bau- und Planungsausschusses lediglich Positionen des Vermögenshaushaltes betreffen.

Man kommt überein, zunächst den Verwaltungshaushalt und anschließend den Vermögenshaushalt zusammen mit dem FIP zu behandeln, wobei teilweise auf Basis des Haushaltsentwurfes vorgegangen wird und insbesondere folgende Positionen angesprochen werden:

Seite 213, HHSt. 6100.5710, Städteplanung/Softwarepflege ALK-Daten

Ein Ausschussmitglied bittet zu klären, weshalb der im Haushaltsentwurf genannte Ansatz spürbar vom Ergebnis der Jahresrechnung 2005 abweicht.

Anmerkung der Verwaltung:

Über diese Haushaltsposition sind in der Vergangenheit – neben kleineren Anpassungen des Programms Arcview – insbesondere die aktuellen Daten der Automatisierten Liegenschaftskartei (ALK) beschafft worden. Offensichtlich sind die Kosten für die Bereitstellung dieser Daten durch die Katasterämter merklich gesunken. Dieses wird näher geprüft und eine Anpassung im Rahmen eines Nachtragshaushaltes in Aussicht gestellt.

Seite 221, HHSt. 6300.5101, Gemeindestraßen/Deckenerneuerungen im Stadtgebiet

Auf Nachfrage betont die Verwaltung, dass man zunächst die im Winter auftretenden Straßenschäden abwarten und anschließend unter Berücksichtigung der vom SBA/Stadtentwässerungsbetrieb und der GAG geplanten Maßnahmen den Bedarf in den einzelnen Straßen beurteilen möchte. Über Art und Umfang der über diese Haushaltsstelle finanzierten Deckenerneuerungen wird der Bau- und Planungsausschuss rechtzeitig vor Baubeginn informiert.

Seite 230, HHSt. 6802.5001, P + R-Anlage Alter Lokschuppen/Gebäudeunterhaltung

Wie die Verwaltung betont, weist die P + R-Anlage größere Schäden an der Bausubstanz auf. Um die notwendigen Abdichtungen vornehmen und daneben die Beleuchtung in einem akzeptablen Zustand bringen zu können, sollte der Ansatz pauschal auf 50.000 € erhöht werden.

Der BPA stimmt der vorgeschlagenen Veränderung zu.

Seite 377, HHSt. 5800.3610, Park- und Gartenanlagen/Realisierungskonzept: Gutshofgelände und Freiflächen Große Straße

FIP, Seite 19

Veränderungsvorschlag der Verwaltung:

In 2007:	Von bisher 503.000 € auf neu 203.000 €
In 2008:	Von bisher 240.000 € auf neu 0 €
In 2009:	Von bisher 82.400 € auf neu 483.000 €

Ursache für diese zeitliche Verschiebung der Einnahmen ist der Zuwendungsbescheid für das Projekt „Ahrensburg – Realisierungskonzept – Große Straße-Süd, 3. BA“ vom 09.11.2006 des Innenministeriums Schleswig-Holstein, in dem bezogen auf die angekündigten Investitionen von 1,556 Mio. € erst im Jahr 2009 eine Fördersumme zugesagt wird. Zu der zunächst um 139.000 € reduzierten Gesamtförderung ist Folgendes festzustellen: Lediglich die Grünflächen Große Straße-Süd wurden nicht, wie beantragt, zu 40 %, sondern zu 31 % gefördert, weil das Gesamtbudget des Programms Städtebauförderung 2006 – 2009 mit Mitteln des Schleswig-Holstein Fonds zur „Stärkung des Wachstums und der Beschäftigung“ erschöpft war. Allerdings wurde vom Innenministerium die Absicht signalisiert, hier nachzubessern, wenn von anderen Kandidaten Mittel nicht komplett abgerufen würden.

Zu diesem Thema wird in Kürze noch die Beschlussvorlage Nr. 2006/123/1 verteilt. Der BPA nimmt von dem aktuellen Sachstand Kenntnis.

**Seite 378, HHSt. 5800.9525, Park- und Gartenanlagen/Freiflächengestaltung Große Straße
FIP, Seite 19**

Angesichts der zeitlich verzögerten Einnahme von Fördermitteln schlägt die Verwaltung vor, 250.000 € vom Haushaltsjahr 2007 ins Jahr 2008 zu verschieben, sodass die Ansätze im Jahr 2007 500.000 € und 2008 850.000 € betragen.

Dagegen schlägt der Vorsitzende für die CDU-Fraktion vor, die gesamte Maßnahme von 2007 in die Jahre 2008/2009 zu verschieben und beantragt daher, die Mittel im FIP wie folgt bereitzustellen: Im Jahr 2008 800.000 € und im Jahr 2009 756.000 €.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob diese Auswirkungen auf den Förderbescheid hat und ob es unter diesen Rahmenbedingungen sinnvoll ist, im Jahr 2007 bereits einen angemessenen Ansatz für Planungsleistungen einzustellen sowie eine Verpflichtungsermächtigung zu berücksichtigen, um mit dem Ausschreibungsverfahren bereits 2007 beginnen zu können.

Anschließend wird über den Antrag abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür
4 Enthaltungen**

Seite 385, HHSt. 6300.9500, Gemeindestraßen/Herstellung des östlichen Gehweges Buchenweg (vgl. FIP, Seite 21)

Wie bereits im Finanzausschuss thematisiert, schlägt die Verwaltung vor, die im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 unter der HHSt. 6300.9500 eingestellten Mittel in Höhe von 105.000 € vollständig ins Jahr 2008 zu verschieben. Hintergrund dieses Vorschlages ist, dass sowohl die Bautätigkeit im eigentlichen Neubaugebiet Buchenweg als auch insbesondere die Bebauung auf der Ostseite des Buchenweges bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang an die Planung der Stadt Ahrensburg, die Baugrundstücke evtl. unter Einbeziehung von Teilen des Hofgrundstückes zu veräußern.

Der BPA schließt sich diesem Vorschlag an.

Seite 385, neue HHSt. 6300.9850, Gemeindestraßen/Erstattung an SBA/SEA für RW-Kanalbau (vgl. FIP, Seite 21)

Bereits in den Vorjahren sind von den vereinnahmten Straßenausbaubeiträgen Anteile in Höhe von 61.003,24 € und 64.118,34 €, die auf die Straßenentwässerung entfallen, von der Stadt Ahrensburg an die SBA/SEA abgeführt werden. Die Stadt Ahrensburg hat grundsätzlich entschieden, die anteiligen Beitragseinnahmen dem Eigenbetrieb zu überweisen, da dieser auch die Investitionskosten trägt. Diese abgeführten Beitragsanteile werden bei den SBA/SEA – wie die so genannten Kanalanschlussbeiträge bei den SW- und RW-Gebühren – als Abzugskapital behandelt und reduzieren langfristig die Zinskosten und damit das von der Stadt für die Straßenentwässerung zu zahlende Entgelt.

Mit derartigen Erstattungsbeträgen ist immer dann zu rechnen, wenn im Rahmen von beitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen auch die Einrichtung der Straßenentwässerung erneuert wird. Dieses ist etwa in der Lohe der Fall gewesen, die im Jahr 2007 abgerechnet werden soll. Eine überschlägige Kalkulation hat ergeben, dass etwa 30.000 € an den Stadtentwässerungsbetrieb abzuführen sind. Die Mittel sind unter der oben genannten Haushaltsstelle einzuplanen.

Der BPA akzeptiert die Nachmeldung.

**Seite 391, HHSt. 6312.3610, Innenstadtsanierung/Zuweisung des Landes für Ausbau Große Straße
FIP, Seite 22**

Die Verwaltung schlägt vor, die Haushaltsansätze in den Jahren 2007 und 2008 in Höhe von 210.000 bzw. 140.000 € zu streichen und stattdessen im Jahr 2009 eine Einnahme in Höhe von 350.000 € einzuplanen. Hintergrund für diese Empfehlung ist der Förderbescheid des Innenministeriums Schleswig-Holstein vom 27. Oktober 2006, wonach für das Projekt „Ahrensburg – Realisierungskonzept – Große Straße-Süd, 1. BA (ohne Parkplätze) + 2. BA“ die 40-prozentige Förderung erst im Jahr 2009 zugeordnet werden kann.

Von diesem Sachstand nimmt der Ausschuss Kenntnis.

**Seite 391, HHSt. 6312.9500, Innenstadtsanierung/Ausbau Große Straße
(von Woldenhorn bis Rondeel)
FIP, Seite 22**

Der Vorsitzende beantragt für die CDU-Fraktion, die im FIP dargestellten Ansätze in Höhe von 610.000 € in 2007 und 350.000 € in 2008 jeweils ein Jahr später, d. h. in den Jahren 2008 und 2009, einzustellen.

Anschließend wird über die Konsequenzen der mit dem Antrag verbundenen Verschiebung diskutiert:

Da die von dem Straßenbau und der Freiflächengestaltung Großen Straße verbundenen Förderbescheide einen Bewilligungszeitraum bis zum 31.12.2009 aufweisen, dürfte es keine unmittelbaren Auswirkungen geben, wenn die Investitionen bis zu 12 Monate später getätigt werden als im Förderantrag dargestellt – zumal das Land die Fördermittel auch nicht eher bereitstellen kann.

Allerdings war das Landesprogramm Städtebauförderung 2006 – 2009 und die Speisung aus dem Fonds „Stärkung des Wachstums und der Beschäftigung“ darauf abgestellt, schnellstmöglich Investitionen zu tätigen und städtebauliche Missstände kurzfristig abzubauen. Die zeitliche Streckung dürfte damit nicht der Intention des Förderprogramms entsprechen.

Im Hinblick auf den Ausbau der Mittelfahrbahn Große Straße wird zudem auf das verkehrstechnische Problem aufmerksam gemacht, das ausgelöst wird einerseits durch eine Vollsperrung der Großen Straße während der Pflasterarbeiten und andererseits durch den wieder aus der Klaus-Groth-Straße zu erwartenden Verkehr.

Vorstehende 3 Aspekte sollen ebenso in der BPA-Sitzung am 22. November 2006 vertieft behandelt werden wie die Frage, ob sich die „AG Realisierungskonzept“ sinnvoller Weise weiterhin mit Zeitdruck mit den Gestaltungsdetails befassen soll.

Unabhängig vom Wiederaufgreifen dieses Themas wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **5 dafür**
4 dagegen

**Seite 398, HHSt. 6350.3500, Beimoor-Süd – Korn-
kamp/Ablösungsbeiträge
FIP, Seite 23**

Angesichts der mit dem betreffenden Vertragspartner in den Grundzügen bereits ausgehandelten Ablösungsvereinbarungen kann die im Jahr 2009 dargestellte Einnahme von 500.000 € ins Jahr 2008 vorgezogen und um 150.000 € erhöht werden; der Ansatz im FIP für das Jahr 2008 lautet demnach 650.000 €.

Seite 398, HHSt. 6350.3501, Beimoor-Süd – Kornkamp/Ablösung für Linksabbiegespur (vgl. FIP, Seite 23)

Dieser Ansatz im Jahr 2007 kann um 8.000 € auf 128.000 € erhöht werden. Die Erhöhung resultiert aus dem Kostenerstattungsbetrag für die Herstellung einer Ausfahrt zum Kornkamp-Süd (vgl. hierzu die nicht öffentlich zu behandelnde Vorlagen-Nr. 2006/137, handschriftliche Seite 6).

Seite 398, neue HHSt. 6350.3510, Beimoor-Süd – Kornkamp/Ablösungsbetrag für Kornkamp-Süd (vgl. FIP, Seite 23)

Resultierend aus dem zur Abstimmung stehenden Vertrag für das Bauvorhaben im Bereich Kornkamp-Süd/Am Hopfenbach (vgl. nicht öffentlich zu behandelnde Vorlagen-Nr. 2006/137) kann Anfang 2007 mit der Zahlung des Ablösungsbetrages in Höhe von abgerundet 65.000 € gerechnet werden. Es ist ein entsprechender Ansatz einzustellen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass sich der bei der HHSt. 6350.3600 zu bildende Haushaltsrest entsprechend reduziert, da die GVFG-Förderung dementsprechend geringer ausfällt.

Seite 398, HHSt. 6350.9460, Beimoor-Süd – Kornkamp/Planungskosten Entlastungsstraße Nord-Ost (vgl. FIP, Seite 23)

Die Verwaltung verweist auf das Beratungsergebnis zu TOP 4 und kündigt an, den hiermit verbundenen zusätzlichen Planungsaufwand in Kürze zu konkretisieren und dem BPA aufzugeben. Ein späterer Anpassungsbedarf bei dieser Haushaltsposition kann daher nicht ausgeschlossen werden.

Seite 398, neue HHSt. 6350.9850, Beimoor-Süd – Kornkamp/Erstattung an SBA/SEA für RW-Kanalbau (vgl. FIP, Seite 23)

Aus den bereits im Bezug auf die HHSt. 6300.9850 erläuterten Gründen soll ein Anteil der Ablösungsbeiträge in Höhe von 150.000 € im Jahr 2008 an den Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Ahrensburg abgeführt werden.

Der BPA schließt sich den vorstehenden, den Unterabschnitt 6350 betreffenden Änderungen an.

**Seite 398, HHSt. 6350.9500, Beimoor-Süd – Kornkamp/Anlage eines Mehrzweckplatzes
FIP, Seite 23**

Ein Ausschussmitglied beantragt für die CDU-Fraktion, den Haushaltsansatz in Höhe von 540.000 € im Jahr 2007 zu streichen und stattdessen im Jahr 2008 einzustellen.

Nach kurzer Erörterung wird über den Antrag entschieden.

Abstimmungsergebnis:

**5 dafür
3 dagegen
1 Enthaltung**

Seite 399, HHSt. 6370.9515, Erneuerung von Straßen/Erneuerung Stormarnstraße im Abschnitt Klaus-Groth-Straße bis Hermann-Löns-Straße (vgl. FIP, Seite 24)

Wie die Verwaltung auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes erläutert, sei es aus verkehrlichen Gründen nicht empfehlenswert, den gesamten Abschnitt der Stormarnstraße in einem Jahr auszubauen. Um das Straßennetz in Ahrensburg nicht zu stark zu belasten, biete sich die im Haushaltsplan 2007 vorgeschlagene Lösung an, wonach der gesamte Abschnitt zwar bereits im Jahr 2007 ausgeschrieben werden kann, die Teilstrecke zwischen Fritz-Reuter-Straße und Klaus-Groth-Straße jedoch erst im Jahr 2008 realisiert wird.

Seite 405, HHSt. 6600.9321, Bundes- und Landesstraßen/Grunderwerb Kreisverkehr Bünningstedter Straße (vgl. FIP, Seite 25)

Die Verwaltung bezieht sich auf die Empfehlung des BPA vom 1. Oktober 2006, eine Sprunginsel – evtl. in Kombination mit einem Zebrastreifen – auf der Bünningstedter Straße/Einmündung Jungborn und Steinkamp zu errichten. Da der in der Vorlagen-Nr. 2006/072 dargestellte Kreisverkehrsplatz derzeit nicht favorisiert wird, können die im Haushaltsentwurf berücksichtigten Grunderwerbskosten in Höhe von 60.000 € ersatzlos entfallen.

Seite 405, HHSt. 6600.9600, Bundes- und Landesstraßen/Baumaßnahmen Bünningstedter Straße/Verbesserung der Querung (vgl. FIP, Seite 25)

Auf Nachfrage schlägt die Verwaltung vor, die im Haushaltsjahr 2006 bereitgestellten 80.000 € in geringem Umfang zur Vergütung von Planungsleistungen und zur Deckung einer außerplanmäßigen Ausgabe zu verwenden sowie ansonsten keine Haushaltsausgabereste zu bilden. Dagegen sollten die 40.000 € im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 erneut bereitgestellt werden, um die oben genannte Lösung einer Sprunginsel realisieren zu können.

Der BPA schließt sich dieser Auffassung an.

Seite 25 des FIP, HHSt. 6806.9500, P + R-Anlage U-Bahnhof West/Baukosten

Ein Ausschussmitglied beantragt für die CDU-Fraktion, das Projekt im Finanz- und Investitionsplan um 2 Jahre vorzuziehen, indem sowohl die Ausgaben als auch die unter HHSt. 6806.3600 dargestellten Einnahmen für das Jahr 2008 eingestellt werden. Das Vorziehen wird begründet mit dem bereits seit Jahren festgestellten desolaten Zustand dieser P + R-Anlage und der Möglichkeit, mit diesem Projekt die seit Jahren andauernde Tiefbautätigkeit zur Sanierung öffentlicher Einrichtungen in diesem Umfeld (beide U-Bahnbrücken, Ausbau Hamburger Straße, Nebenanlagen Hamburger Straße stadtauswärts und Bahnhofsvorplatz) zum Abschluss bringen zu können.

Anschließend wird über den Antrag entschieden.

Abstimmungsergebnis:

**8 dafür
1 Enthaltung**

Seite 414, HHSt. 7921.9321, Bahnhofsteigpunkt Ahrensburg-Gartenholz/Gründerwerb (vgl. FIP, Seite 26)

Wie der Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates anmerkt, hat der BPA in seiner Sitzung am 20. September 2006 der Realisierung einer neuen Bahnstation Ahrensburg-Gartenholz in seinen Grundzügen zugestimmt, ohne die in der Vorlagen-Nr. 2006/112 nicht explizit aufgeführten Gründerwerbskosten zu kennen.

Hierzu wird angemerkt, dass es sich um den pauschalen Ansatz etwaiger Gründerwerbskosten handelt, die nicht allein der Bahnstation Ahrensburg-Gartenholz dienen dürften.

In diesem Zusammenhang wird auf Nachfrage klargestellt, dass die Überdachung der Bahnsteigzugänge am Bahnhof Ahrensburg im Jahr 2007 realisiert werden sollen und über die entsprechend gebildeten Haushaltsausgabereste bei der HHSt. 6308.9590 „Eisenbahnkreuzungsmaßnahme/Überdachung der Bahnsteige“ abgewickelt werden.

Ende der eigentlichen Beratung zu den Haushaltspositionen.

Da einige Ausschussmitglieder betonen, dass man sich innerhalb der Fraktionen noch nicht zur Haushaltsplanung abgestimmt habe, kommt man überein, in der heutigen Sitzung noch keine endgültige Empfehlung auszusprechen. Der Vorsitzende kündigt an, die beiden Themen wieder für die Sitzung am 22. November 2006 auf die Tagesordnung zu setzen, um dann, nach Klärung von Einzelfragen, über die Beschlussvorschläge abstimmen zu lassen.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit kommt man überein, in der heutigen Sitzung nur noch das eilbedürftige Thema des TOP 16 zu behandeln.

9 Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch

– a b g e s e t z t –

10	Kostenrechnende Einrichtung
- Straßenreinigung -	2006/139
	- a b g e s e t z t -	
11	Reinigung der Straßeneinläufe	2006/132
	- a b g e s e t z t -	
12	Kenntnisnahmen	
	- a b g e s e t z t -	
13	Verschiedenes	
	- a b g e s e t z t -	

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll